

Abstimmung im Reiseverkehr.

Bei der Reichstagswahl 1932 hat das Reichsministerium des Innern erstmalig die Vordwahl und die Abstimmung im Reiseverkehr eingerichtet. Auf den großen Seeschiffen konnte abgestimmt werden, wenn mindestens 50 Wähler mit Stimmzettel an Bord waren. Auf den Übergangsbahnhöfen war Gelegenheit geboten, mit Stimmzetteln auch außerhalb der allgemeinen Abstimmungszeit zu wählen.

Nach den bisherigen Mitteilungen haben sich die Neuwahlrichtungen durchaus bewährt. So sind abgegeben worden auf dem Hauptbahnhof in Hamburg 1184 Stimmen, in Frankfurt a. M. 1291, auf den Berliner Bahnhöfen 3228, in München 5139 Stimmen. Insgesamt war auf 47 Bahnhöfen Abstimmungsmöglichkeit geboten.

An der Vordwahl waren u. a. beteiligt von der Hamburg-Amerika-Linie die Schiffe „Deutschland“, „Resolute“, „Tacoma“, „Oceana“, „Magdalena“ und „General Artigas“, vom Norddeutschen Lloyd die „Lühow“, von der Boermann- und Deutsch-Ostafrika-Linie die „Bangoni“, von der Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft die „Monte Rosa“, von der Reederei Gröbel Steinhilber die „Nägen“, von der Reederei Bräunlich-Stietin die „Hertha“. Mittels der Vordwahl wurden bisher 2297 Stimmen erfasst, davon 2269 gültige. Von den gültigen Stimmen entfielen auf die Sozialdemokraten 374, die Nationalsozialisten 970, die Kommunisten 204, das Zentrum 150, die Deutschnationale Volkspartei 352, die Deutsche Volkspartei 106, die Staatspartei 101, und zwölf Stimmen auf die übrigen Parteien.

Im bayerischen Hochgebirge waren im Schneefernerhaus, auf der Zugspitze und dem Wagnershaus Wahllokale eingerichtet. Auf der Zugspitze wurden 729, auf dem Wagnershaus 158 Stimmen abgegeben.

Ein Sitz für die Volkrechtspartei.

Die Volkrechtspartei teilt mit: Nachdem der Christlich-Sozialen Volksdienst im Wahlkreisverband Westfalen Nord und Süd ein Grundmandat nur mit Hilfe der Volkrechtspartei gewinnen konnte, fällt — entsprechend dem abgeschlossenen Vertrag — ein Sitz der Reichsliste der Volkrechtspartei zu. Gewählt ist damit der Reichsführer der Volkrechtspartei, Oberschulrat Bauer-Stuttgarter.

Platzfragen im Reichstag.

Die nächsten Sorgen, die man im Reichstag hat, verursachen die Frage, wie man die 607 Volksvertreter einigermaßen bequem unterbringen soll. Schon im letzten Reichstag bei den 577 machte die Platzverteilung viel Schwierigkeiten. Man hat sich schließlich dadurch gehoffen, daß man einfach in den meisten Reihen die Pulte vor den Sitzen entfernt hat. Jetzt wird man wahrscheinlich die letzten Pulte, die noch geblieben sind, auch noch entfernen müssen. Nur noch in der vordersten Reihe wird dann eine Schreibgelegenheit bestehen bleiben.

Verhaftungen in Königsberg.

Die Lage in Königsberg ist nach wie vor ruhig. Verteilte Schutzpolizei mit Karabinern zieht durch die Straßen, ohne daß es irgendwie zu Zusammenstößen oder Ansammlungen kommt. Die Polizei ist außerordentlich stark in Anspruch genommen durch die weitere Untersuchung der Vorfälle vom Montag morgen. Immer wieder melden sich neue Zeugen und werden neue Verhaftungen vorgenommen.

Die Zahl der Verhaftungen ist auf etwa 80 gestiegen. Die Polizei ist mit Auskünften sehr zurückhaltend; es scheint, als ob die Lage im großen und ganzen völlig geklärt ist. Sämtliche Fälle dürften reif für die Staatsanwaltschaft und das Gericht sein.

Polnische Beschwerde in Berlin.

Das Verhalten des Gesandten in Warschau war berechtigt! Amtlich wird mitgeteilt: Der polnische Gesandte suchte den Reichsminister des Auswärtigen auf, um unter Übergabe einer Sachdarstellung über den Flaggenzwang zwischenfall vom 31. Juli wegen des Verhaltens des deutschen Geschäftsträgers in Warschau Vorstellungen zu erheben. Der Reichsminister des Auswärtigen hat dem Gesandten erklärt, daß er eine Beschwerde über das Verhalten des Geschäftsträgers zurückweisen müsse; die Angelegenheit sei auf Grund der Meldungen des Geschäftsträgers bereits geprüft worden, sein Vorgehen sei nach der völkerrechtlichen Übung völlig berechtigt gewesen.

Berliner Blätter z. polnischen Beschwerde.

Berlin, 3. August. Die Zurückweisung der polnischen Beschwerde wegen des Flaggenzwangs in Warschau am 31. Juli wird von den meisten Blättern begrüßt. Die Germania bezeichnet die Zurückweisung als die einzig richtige Antwort. Die DAZ sagt, die deutsche Antwort habe nicht anders als geschehen mit dürren Worten die polnische Dreiflüchtigkeit zurückweisen können. Der Volarenger bezeichnet die Beschwerde als eine selbst für polnische Verhältnisse ungewöhnlich dreiste Herausforderung Deutschlands. Das Blatt vertritt die Auffassung, daß selbstverständlich der Fall mit der Zurückweisung nicht erledigt sein könne. Die Forderung nach einer Genugtuung sei eine völlige Selbstverständlichkeit. Das Berliner Tageblatt schreibt, durch diese reichlich nervöse Tat der Polen sei nunmehr eine Lage geschaffen, die der weiteren Entwicklung der ohnehin nicht erfreulichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen nicht förderlich sein könne. Die Deutsche Zeitung bezeichnet die polnische Beschwerde als eine Herausforderung, die wiederum zeige, bis zu welchem Grade der polnische Größenwahn bereits angewachsen sei.

Washington nimmt die Einladung zur Weltwirtschaftskonferenz an.

Die amerikanische Regierung hat die Einladung zur Weltwirtschaftskonferenz angenommen. Der Ort sowie der Zeitpunkt des Zusammentritts der Konferenz steht noch nicht fest. Man erwartet jedoch, daß die Konferenz im Oktober in London stattfinden wird. Die Annahme erfolgte unter der Bedingung, daß die Kriegsschulden, die Reparations- und Zollfrage nicht behandelt werden. Die Silberfrage soll dagegen auf der Tagesordnung der Konferenz stehen.

Deutsch-französisches Sozialversicherungs-Abkommen.

Angleichung des Sozialversicherungssystems zwischen Deutschland, Saargebiet und Frankreich.

Zwischen Herriot und dem deutschen Botschafter wurde ein Abkommen unterzeichnet, das eine Angleichung des Sozialversicherungssystems zwischen Frankreich, Deutschland und dem Saargebiet vorsieht. Nach diesem Abkommen sind die französischen, deutschen und saarländischen Arbeiter und Beamten, die in einem der drei Länder der Sozialversicherung unterworfen sind, einander angeglichen und genießen überall die gleichen Rechte. Andererseits haben die Arbeiter und Beamten unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit Anspruch auf die durch das Sozialversicherungssystem erworbenen Pensionen, solange sie sich in einem der drei oben genannten Länder aufhalten.

Deutschland kauft Weizen in Ungarn.

Zollbegünstigung deutscher Industrieerzeugnisse.

Die ungarische Regierung hat mit der deutschen Regierung eine Vereinbarung getroffen, die den Verkauf eines Teiles des diesjährigen ungarischen Weizenüberschusses unter günstigen Bedingungen an Deutschland bis zu den Wintermonaten sicherstellt. Von ungarischer Seite wurden als Gegenleistung gewisse industrielle Zollbegünstigungen zugesichert.

Unterschlagungen beim Auswärtigen Amt

Ein Fehlbetrag von 42 000 Mark festgestellt.

Durch eine unvermutete Kassenrevision ist man im Auswärtigen Amt umfangreichen Veruntreuungen auf die Spur gekommen. Ein Ministerialamtmann und ein Oberkonsulatssekretär, die im Verdacht stehen, 42 000 Mark unterschlagen zu haben, sind festgenommen worden.

Die beiden Beamten waren im Verkehrsbüro des Auswärtigen Amtes beschäftigt und hatten die Fahrkartenbeförderung für die Beamten des auswärtigen Dienstes durch das Mitteleuropäische Reisebüro zu erledigen. Durch falsche Buchungen und Vereitelung von Rechnungsbelegen haben die beiden Beamten den Betrag von 42 000 Mark nach und nach aus der Kasse entnommen und das Geld für sich verbraucht.

Wichtig ist, daß noch eine zweite Unterschlagung bekannt ist, die im Bereich des Auswärtigen Amtes begangen worden ist. Ein Konsulatssekretär Strohman, der bis vor kurzem im Chicago war, hatte dort von der deutschen Kolonie Wändelgelber in Höhe von mehreren tausend Mark eingezogen. Diese Summe sandte er jedoch nicht weiter nach Berlin, sondern behielt sie für sich. Als er vor einigen Tagen nach Berlin zurückkehrte, wurde er sofort im Auswärtigen Amt verhaftet. Er gestand seine Veruntreuungen ein und wurde in Haft genommen.

Mißtrauensantrag gegen die österreichische Regierung abgelehnt.

Der Österreichische Nationalrat lehnte den Mißtrauensantrag der Großdeutschen gegen die Regierung mit 81 gegen 81 Stimmen, also mit einem Gleichheit ab. Die Regierungsmehrheit hatte alle Kräfte zur Sitzung herangezogen. Auch für den verstorbenen Dr. Seipel war bereits ein Ersatzmann anwesend.

Die Nachmittags-Sitzung des Nationalrats begann mit einer Trauerfeier für Seipel, bei der der sozialdemokratische Präsident des Hauses, Dr. Renner, die Gedächtnisrede hielt. Renner bezeichnete Seipel als vorbildlichen Parteiführer, dessen Name durch alle Zeit fortleben werde.

Orkan über Dänemark.

Deutsche Segelschiff in Seenot, ein Todesopfer.

Ein heftiger Orkan, verbunden mit schweren Gewittern, suchte Dänemark heim. Zahlreiche Brände wurden durch Blitzschläge verursacht. Die Ernte hat unter heftigem Hagelschlag schwer gelitten. Etwa fünfzig Kühe, die sich auf der Weide befanden, wurden getötet, mehrere Fischer- und Segelboote sind gescheitert.

Eine deutsche Segelschiff, auf der sich der Lehrer Hans Ohle aus Neustrelitz mit Frau und zwei Schülern befand, geriet an der Südküste von Seeland bei Rordingborg in den Seewittersturm. Hierbei wurde Frau Ohle über Bord geschleudert und ertrank. Bald darauf scheiterte die Nacht. Die übrigen Insassen konnten gerettet werden. Die Leiche der Frau Ohle wurde an Land gespült.

Mobilmachung in Bolivien und Paraguay.

In Südamerika herrscht in höchstem Grade Kriegsstimmung. Nach Meldungen aus Buenos Aires ist der Krieg zwischen Bolivien und Paraguay offiziell zwar noch nicht erklärt, doch wird er als unmittelbar bevorstehend betrachtet.

Die neue Verschärfung der Lage ist auf die Einnahme des paraguayischen Forts Vouqueron durch bolivianische Truppen zurückzuführen, wodurch das Kriegsgewicht in den beiden Staaten seinen Höhepunkt erreicht hat. In der Hauptstadt von Paraguay ist der Belagerungszustand erklärt worden. Der paraguayische Außenminister Arbo hat in Verantwortung der Note des Präsidenten des Völkerbundes die Bereitwilligkeit Paraguays erklärt, sich einer schiedsrichterlichen Entscheidung zu unterwerfen.

In La Paz, der Hauptstadt Boliviens, wurde die Nachricht von der Einnahme des Forts Vouqueron von der Bevölkerung mit stürmischer Begeisterung aufgenommen. Die Menge veranstaltete große nationale Kundgebungen in den Straßen. Der Fürstbischof Batino soll der bolivianischen Regierung mehrere Millionen Mark und 15 Kriegsflugzeuge zur Verfügung gestellt haben. Der bolivianische Außenminister Jales lehnte in einer amtlichen Verkaufsanfrage die vom paraguayischen Gesandten in Chile vorgeschlagene Vermittlung ab.

Das Fort Vouqueron gehört zu dem von beiden Staaten heiß umstrittenen Gran-Chaco-Gebiet, um dessen

Wollen es bereits im Dezember 1928 im ersten Abzug der Beziehungen zwischen den beiden südamerikanischen Republiken gekommen war. Der Ausbruch eines bewaffneten Streites zwischen Bolivien und Paraguay wurde damals durch die sofort einsetzende Vermittlungsaktion anderer Staaten, vor allem Argentiniens, hintangehalten. Neben der von der Panamerikanischen Konferenz eingesetzten Kommission für Ausöhnung und Schiedsgerichtsbarkeit, die in Washington eigens zu einer Sitzung einberufen wurde, beschäftigte sich auch der Völkerbundrat unter dem Vorsitz Briand's mit der Frage. Schließlich wurde von beiden Ländern die Vermittlung der panamerikanischen Schiedsgerichtskommission angenommen. Die Frage, welcher Teil im Gran Chaco die friedlichen Beziehungen gehört habe, sollte durch einen Ausschuss, der aus je einem Vertreter Argentiniens, Brasiliens, Uruguays, Kubas und der Vereinigten Staaten und aus je zwei Vertretern Boliviens und Paraguays gebildet wurde, entschieden werden. Nachdem es im Juli 1931 neuerlich zu einem Zusammenstoß im Gran-Chaco-Gebiet gekommen war, nahmen beide Regierungen im Oktober 1931 den Vorschlag der Vereinigten Staaten und neunzehn anderer amerikanischer Republiken an, der den Abschluß eines Nichtangriffspaktes empfahl, der jedoch bisher nicht zustande gekommen ist.

Diktatorische Vollmachten für den Präsidenten von Paraguay.

Buenos Aires. Der Kongreß von Paraguay hat, wie aus A. Nuncio gemeldet wird, dem Staatspräsidenten Salamanca diktatorische Vollmachten zur Vorbereitung der militärischen Maßnahmen gegen Bolivien erteilt. Tausende von Paraguayanern haben sich freiwillig zum Militärdienst gemeldet. Die Kadettenakademie in Asuncion hat ein eigenes Regiment unter dem Befehl eines früheren englischen Offiziers gebildet.

Angriff der Ausländer auf Rio de Janeiro?

Rio de Janeiro. Die Ausländer des Staates Sao Paulo haben bei Starke eine große Offensive gegen die Regierungstruppen eröffnet. Sie kündigen an, daß sie Rio de Janeiro besetzen und den Präsidenten ablegen wollen. Das Leben und Eigentum der Ausländer solle gesichert werden.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 3. August 1932.

Merktblatt für den 4. August.

Sonnenaufgang	4 ¹¹	Mondaufgang	6 ¹¹
Sonnenuntergang	19 ¹¹	Monduntergang	20 ¹¹

1875: Märchendichter Andersen gest. — 1914: England erklärt Deutschland den Krieg. — 1930: Komponist Siegfried Wagner gest.

Der Saisonabschlussverkauf.

So und nicht anders soll das forsan heißen — also nicht mehr Saisonabschlussverkauf, wie wir das bisher zu lesen und zu hören gewohnt waren. Die Kaufmannschaft hat sich auf „Schlußverkauf“ geeinigt, und behördliche Stellen werden vielleicht auch ein Wort mitgesprochen haben. Und es ist auch etwas durchaus Nichtiges an der neuen Fassung, denn was jetzt und bei ähnlichen Anlässen getätigt wird — wir denken da z. B. an den Inventurausschluss —, ist nie und nimmer Ausverkauf eines ganzen Warenlagers, sondern eben nur ein Verkauf von Waren, die den Saisonabschluss im Geschäft nicht überbauen sollen, weil sie in der kommenden Saison nicht mehr modern sein könnten, und weil das Lager einigermaßen geräumt und befreit werden muß, damit Platz werden für neue Waren.

Das ist der tiefere Sinn des großen Schlußverkaufes, der in diesen Tagen in deutschen Geschäften begonnen hat und sich über mehrere Wochen erstrecken darf, daß und nichts anderes. Es darf also niemand auf den Gedanken kommen, daß ihm Minderwertiges angeboten werde in der Schlußverkaufszeit; es handelt sich vielmehr fast ausschließlich — Ausnahmen würden nur die Regel, die Regel, daß der deutsche Kaufmann ein ehrlicher, ehfamer Kaufmann ist, beständige — um Waren, die der Geschäftsinhaber unbedingt wegbringen will, weil er immer auf der Höhe bleiben, immer mit Neuem kommen muß, wenn er in dem schweren Wettbewerb unserer schweren Tage bestehen und nicht überflügelt und übertrumpft werden will. Daß alles korrekt und ordnungsmäßig zugehe, darauf achtet schon „die Konkurrenz“ und achten natürlich auch die Behörden.

Schlußverkäufe sind längst nicht mehr eine Sache nur der großen Städte; sie sind auch anderwärts eingeführt, und es gibt kaum noch einen Bezirk, in dem sie nicht irgendwo veranstaltet würden. Und das ist gut so, denn auf diese Weise hat jeder, der kaufen will, d. h. billig kaufen will, Gelegenheit, in seinem Wohnort selbst oder doch im näheren Umkreis seines Wohnbezirkes seine Einkäufe zu besorgen, und eine Kaufmannschaft, die ihm schon bekannt und vertraut ist, zu unterstützen. Die Verkäufe finden nicht überall zu gleicher Zeit statt, sie müssen aber innerhalb einer bestimmten, genau festgelegten Periode eröffnet und geschlossen werden. Ein Darüberhinaus gibt es dann nicht! Die höchstzulässige Dauer ist wohl überall drei Wochen, und der Beginn ist jetzt gewöhnlich der 1. August. Mit dieser Regelung scheint man nicht durchweg zufrieden zu sein, weil viele sich sagen, daß ein großer Teil des Publikums, das im Juli Urlaub genommen hatte, wahrscheinlich ohne Geld nach Hause komme und deshalb nicht lauffähig genug sei. Aber solche Befürchtungen sind sicher stark übertrieben und könnten allenfalls für die großen Städte einige Geltung haben. Im allgemeinen dürfte es so sein, daß von den vielfach erheblichen Preis-senkungen gern Gebrauch gemacht wird, sobald nur irgendwelches Geld „im Kasten klinkt“, was jetzt ja selber auch außerhalb der Ferien nicht immer der Fall ist. In den Schaufenstern und auf den Ladentischen sind geschmackvoll und einladend die zu verkaufenden Waren aufgestellt, und die Geschäftskleute hoffen, daß das Publikum von dieser besonderen Gelegenheit, billig zu kaufen, regen Gebrauch machen werde. Im Interesse unserer heimischen Wirtschaft ist zu wünschen, daß ihre Hoffnungen nicht ausbleiben werden!

Reichsfrontsoldatentag am 3. und 4. September in Berlin. Der „Stahlhelm“, B. d. F., rüstet für den diesjährigen Reichsfrontsoldatentag, den dreizehnten in der Reihe der großen „Stahlhelm“-Aufmärsche. Dieser Tag hat sämtlichen Stahlhelmgliederungen in allen Gauen Deutschlands den Nichtspür für die Arbeit der kommenden Wochen gegeben. Überall sind schon die Vorbereitungen in vollem Gange.